

REDE DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS,  
BUNDESKANZLERIN DR. ANGELA MERKEL, MDB,  
ANLÄSSLICH DES BUNDESAUSSCHUSSES  
AM 20. FEBRUAR 2006

- Redigierte Mitschrift -

Lieber Christoph Böhr!  
Liebe Freunde!  
Liebe Gäste!

Lieber Christoph Böhr – das gilt natürlich auch für alle Mitglieder der Wertekommission -, vielen Dank für deine Einführung, für deine Arbeit in den vergangenen Jahren, die uns immer wieder daran erinnert hat, dass Politik im Einzelfall, im konkreten Fall letztlich nur gestaltet werden kann, wenn wir über ein Fundament verfügen, das uns deutlich macht: Was leitet uns? Wo kommen wir her? Meine Damen und Herren, wir sind gemeinsam zu der Überzeugung gekommen, dass es notwendig ist, wieder über ein Grundsatzprogramm zu diskutieren, allerdings nicht mit dem Ziel, alles zu verwerfen, was wir früher programmatisch erarbeitet haben. Wir werden vielmehr bewahren, was bewahrt werden muss, was sich bewährt hat.

Wir sind zu der Überzeugung gekommen, unser Grundsatzprogramm von 1994 in weiten Teilen zu überarbeiten, weil wir feststellen mussten, dass wir auf eine ganze Reihe von Fragen keine schlüssigen Antworten haben. Wenn wir uns fragen, vor welchen Herausforderungen wir stehen und auf welchen Gebieten wir mit Fragestellungen konfrontiert werden – es ist frappierend, festzustellen, wie sich die Welt verändert hat, wenn wir uns das Grundsatzprogramm von 1994 einmal anschauen -, können wir erstens konstatieren, dass wir vor völlig neuen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen stehen. Zweitens wollen wir die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft sichern. Wir fühlen aber, dass sich die Rahmenbedingungen durch die Globalisierung verändert haben und die Akzeptanz dessen, was uns über Jahre als Erfolgsmodell diente, nicht mehr in dem Maße vorhanden ist, wie es über viele Jahre und Jahrzehnte der Fall war.

Ich möchte auf das Thema der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen zuerst eingehen. Mit dem Fall des Eisernen Vorhanges schien für eine ganz kurze Zeit die neue Demokratie eine Zeit des Friedens zu bringen. Die alten Bedrohungen aus der Zeit des Kalten Krieges wurden zur Vergangenheit. Glasnost und Perestroika verdrängten düstere Klischees. Die heutigen Herausforderungen können wir mit ganz wenigen Schlagworten skizzieren. So leugnet der iranische Präsident den Holocaust auf unsägliche Weise. Er will Israel von der Landkarte ausradieren. Ein Blick in das Grundsatzprogramm von 1994 zeigt uns, dass wir das Existenzrecht Israels damals in gar keiner Weise erwähnt haben. Ich glaube, darüber müssen wir angesichts der neuen Problemlage nachdenken, wenn wir uns dem außenpolitischen Teil zuwenden. Das kann so nicht sein.

(Beifall)

Wir wissen, dass der weltweite Terrorismus völlig neue Anforderungen an uns stellt. Innere und äußere Sicherheit sind längst nicht mehr so wie früher voneinander zu trennen. Der weltweite Terrorismus ist nicht eine Angelegenheit von Ländern, die weit weg von uns liegen. Auch Deutsche sind Opfer von Terrorismus geworden; ich denke hier etwa an die in Djerba ums Leben gekommenen Menschen. Wir wissen, dass die terroristische Bedrohung auch in Europa eine reale Bedrohung ist.

Wir wissen aber auch, dass wir zu komplizierten Diskussionen gelangen, wenn wir nach den Ursachen der Bedrohung fragen, wenn wir fragen, wie wir unsere offenen Gesellschaften schützen, und zwar so, dass diese trotzdem offen bleiben. Gerade das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Luftsicherheitsgesetz in der letzten Woche hat gezeigt, mit welcher komplizierten Zusammenhängen wir uns auseinander setzen müssen. Wir erleben plötzlich, dass Grundwerte wie z. B. die Pressefreiheit in ein Spannungsfeld ganz neuen und bisher nicht gekannten Ausmaßes z. B. mit der Religionsfreiheit geraten. Wir haben darüber im Zusammenhang mit christlichen Symbolen diskutiert, derzeit wird es anderswo aber auch in ganz anderem Zusammenhang diskutiert.

Mit Sicherheit ist der Satz, wonach Gewalt keine Antwort auf Karikaturen ist, unverrückbar. Das ist vollkommen klar.

(Beifall)

Ob wir aber allein mit dieser Antwort durchkommen oder ob wir nicht vielleicht ein bisschen mehr über die Gefühle anderer wissen müssen, werden wir zu besprechen haben. Wir werden dann sehr schnell zu der Frage kommen: Was wissen wir über uns, was wissen wir über andere? Erst dann ist ein Dialog möglich.

Ich will es an dieser Stelle mit diesen Anmerkungen bewenden lassen. Ich könnte jetzt noch vieles über die Europäische Union sagen, etwa über Fragen wie diese: Wie wollen wir dort die Zuständigkeiten regeln? Was ist unser Werteverständnis von Europa? Wohin wollen wir? Auch diese Fragen werden viele Debatten auslösen, zumal die Skepsis über Europa in einem Maße gewachsen ist, wie wir es in der Geschichte der Christlich Demokratischen Union noch nicht erlebt haben. Wir erleben heute, dass es – obwohl es natürlich richtig bleibt – nicht mehr ausreicht, Europa einfach nur damit zu begründen, dass Europa ein Friedenswerk war. Das war es. Für die, die jetzt viele Jahrzehnte im Frieden leben, reicht es aber nicht aus, daraus alle Begründungen für die heutige Gestalt der Europäischen Union abzuleiten.

(Beifall)

Ich bin der festen Überzeugung, wenn wir es nicht schaffen, eine positive Begründung für die Europäische Union – und zwar in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger – zu finden, wird die Akzeptanz Europas nicht aufrechtzuerhalten sein. Zugleich bin ich der festen Überzeugung, wir werden uns in einer globalen Welt mit unseren Werten mit Sicherheit nicht behaupten können, wenn wir das als einzelne Nationalstaaten versuchen wollten. Dazu bedarf es des europäischen Zusammenschlusses.

(Beifall)

Ein zweiter Punkt in unserer sehr intensiven Grundsatzprogrammdebatte wird die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft sein. Meine Damen und Herren, die Soziale Marktwirtschaft war über Jahrzehnte, insbesondere in der alten Bundesrepublik, Garant für eine freiheitliche, gerechte und solidarische Gesellschaftsordnung. Sie ist nicht einfach ein Wirtschaftsmodell, sondern ein Gesellschaftsmodell. Sie hat den Menschen ein Stück Sicherheit gegeben. Diese Sicherheit ist heute nicht mehr in dem Maße wie zuvor vorhanden. Es gibt sehr viele Fragen und es gibt auch Ängste. Diese Ängste, die aus der Globalisierung erwachsen, können wir nicht irgendwie beiseite drücken. Wir können also nicht einfach sagen: Es ist in einer globalisierten Welt nun einmal so. – Vielmehr müssen wir uns mit diesen Ängsten befassen. Genauso müssen wir aber auch herausarbeiten, worin die Chancen der Globalisierung liegen.

Auch ein Land wie Deutschland, das immer vom wirtschaftlichen Export gelebt hat und das auch heute in der Europäischen Union nachweisbar von einer vertieften europäischen Zusammenarbeit profitiert, muss sich mit der Frage befassen: Wie kommen wir mit der Situation klar, dass die Arbeitslosigkeit nicht sinkt, dass sie z. B. für 1 Million junge Menschen heute bedeutet, über viele Jahre nach dem Verlassen der Schule nicht die Erfahrung eines regulären Arbeitslebens mit all den gesellschaftlichen Möglichkeiten wie der Familiengründung oder eines regelmäßigen Lebensablaufes machen zu können?

Natürlich fragen die Menschen: Kann Politik angesichts der wirtschaftlichen globalen Abläufe überhaupt noch etwas gestalten? Wir werden mit der Diskussion über das Grundsatzprogramm den Beweis liefern müssen, dass wir ein Konzept dafür haben, mit dem die Soziale Marktwirtschaft auch in Zeiten der Globalisierung in einem anderen institutionellen Rahmen – nämlich einem globalen Rahmen – eine Chance hat. Meine Damen und Herren, ich habe deshalb immer wieder – dafür wurde ich nicht immer geliebt – von der neuen Sozialen Marktwirtschaft gesprochen. Ich habe diesen Begriff nicht deshalb verwendet, um die Werte der Sozialen Marktwirtschaft aufzugeben. Ich habe ihn einzig und allein verwendet, um darauf hinzuweisen, dass der Rahmen, in dem Ludwig Erhard gedacht hat und denken musste, ein anderer war als der Rahmen, in dem wir heute denken müssen.

(Beifall)

Wir gelangen dann an einen Punkt, an dem sich außen- und entwicklungspolitisches Denken und das Nachdenken über die Soziale Marktwirtschaft treffen. Über viele Jahre haben wir Entwicklungshilfepolitik betrieben und uns für Freiheit und Menschenrechte in vielen Bereichen der Welt eingesetzt. Heute sind einige der Akteure, denen wir früher geholfen haben, unsere Wettbewerber geworden. Nun kommen wir natürlich an den Punkt, an dem wir uns fragen müssen: Entspricht es unserem christlichen Menschenbild, wenn wir für uns natürlich alles an positiver Entwicklung für Wohlstand und Sicherheit in Anspruch nehmen wollen und uns gleichzeitig heute erst einmal auf uns selbst konzentrieren wollen, aber nicht so recht mit viel Konkurrenz, Wettbewerb, Mitbewerbern umzugehen wissen? Oder schaffen wir es zu sagen: Diese neue Konkurrenz ist doch genau das, was wir wollen? Wir wollten doch nicht nur uns, sondern auch anderen gute Lebensmöglichkeiten geben.

Wir werden mit Sicherheit zu der Erfahrung kommen – das ist auch nichts Neues in dem Prozess des Nachdenkens über die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland –, dass Wettbewerb auch heute eines Ordnungsrahmens bedarf. Es wird nicht gehen, dass man das geistige Eigentum weltweit einfach nicht schützt, dass jeder Raubbau an dem

betreiben kann, was z. B. unsere Stärke in Deutschland ist, nämlich innovativ zu sein. Wenn weltweit keine rechtlichen Regelungen gefunden werden, um geistiges Eigentum zu schützen, dann steht das für mich nicht in Übereinstimmung mit den Prinzipien und Mitteln der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb werden auch wir für einen Ordnungsrahmen eintreten müssen, der erkennen lässt, wie mit der gewachsenen internationalen Dimension der Sozialen Marktwirtschaft umgegangen wird und wo sie dort eines Ordnungsrahmens bedarf. Die Europäische Union und damit auch wir in Deutschland müssen Vorreiter für eine internationale Ordnung sein, angesichts derer wir deutlich machen können, dass es gerecht zugeht und jeder die gleichen Chancen auf Entwicklung hat. Das wird viel Arbeit und viel Kraft erfordern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, auch unsere Prioritätenlisten werden Änderungen erfahren. Ich stelle mir vor, dass eine Diskussion über unser Grundsatzprogramm nicht mit einem Sammelsurium dessen endet, was man alles tun müsste. Wir müssen uns vielmehr miteinander auch darüber verständigen, was am wichtigsten ist. Wir verschwenden heute für vergleichsweise nachgeordnete Dinge relativ viel Zeit, manchmal vielleicht auch deshalb, weil wir Angst davor haben, welche großen und noch nicht durchdachten Fragen wir durchdenken müssen. Die Beschäftigung mit nicht vorrangigen Dingen darf aber kein Ersatz dafür sein, dass wir auf die eigentlich bedrängenden Fragen keine Antwort haben.

(Beifall)

Die 27. Novelle zu irgendeiner Verordnung muss vielleicht ein Stück schneller erarbeitet werden, damit noch Zeit dafür vorhanden ist, um z. B. über einen internationalen Ordnungsrahmen nachzudenken, der letztlich darüber entscheidet, ob Millionen von Menschen in Deutschland und im Übrigen auch anderswo eine Chance haben.

(Beifall)

Das vorletzte Grundsatzprogramm reichte von 1978 bis 1994. In diesen Zeitraum fiel die deutsche Einheit. Jetzt haben wir schon einen Zeitabstand von gut elf Jahren erreicht. Ich plädiere hier nicht dafür, dass das nächste Grundsatzprogramm nach dem Abschluss unseres jetzigen Prozesses im Jahre 2007 dann schon nach weiteren fünf Jahren kommen muss. Wir erleben im Übrigen auch, dass ein echtes historisches Ereignis, wie es die deutsche Einheit war, nicht sofort für die Erstellung eines auf lange Zeit angelegten Grundsatzprogramms erfasst werden kann. Damals waren wir voll auf die deutsche Einheit konzentriert. Sie war die Erfüllung christlich-demokratischen Gedankenguts. Damals konnten wir aber noch nicht so klar sehen, dass das Ende des Kalten Krieges nicht nur für uns Deutsche einfach die deutsche Einheit gebracht hat, sondern dass dies zu einer umfassenden Zeitenwende weit über Europa hinaus führen würde. Diese Veränderung war möglich geworden durch ökonomische und technologische Veränderungen wie das Internet und den freien Austausch von Informationen. Das war nach meiner festen Überzeugung eine qualitativ neue Stufe unseres Lebens in Deutschland, Europa und der Welt. Das, was sich Ende der 80er-Jahre ereignet hat, können wir heute in einem breiteren Kontext sehen als damals. Das heißt nicht, dass das, was wir über die deutsche Einheit gesagt haben, falsch ist. Es heißt im Übrigen auch nicht, dass die deutsche Einheit schon vollendet ist. Auch diesbezüglich dauern Entwicklungen länger, als wir es uns vorgestellt haben. Wir können heute aber auch sagen – das sollte uns manchmal etwas Mut geben, wenn wir über uns und unsere

Erfolge sprechen –: Außerhalb Deutschlands schaut man auf das, was wir im Rahmen der deutschen Einheit geschafft haben, mit größtem Respekt. Viele fragen: Wie konntet ihr das schaffen, aus unterschiedlichen historischen Zusammenhängen kommend, in Ostdeutschland und Westdeutschland im Kalten Krieg auf der einen Seite und auf der anderen Seite lebend? Sicherlich wird manchmal auch nicht gesehen, wie viele enge Beziehungen es zwischen den beiden Deutschlands gab. Für viele ist das deutsche Beispiel eine Hoffnung, dass diejenigen, die heute noch auf der Schattenseite leben, auch den Sprung hin zu mehr Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit schaffen. Auch das sollten wir uns immer wieder vor Augen führen.

Aber natürlich müssen wir auch selber bestehen können und dazu folgende Fragen beantworten: Was muss bewahrt werden? Was muss erneuert werden? Goethe hat so schön gesagt: Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen. – Er hat nicht gesagt „nimm es“, sondern „erwirb es“. Das heißt: Tu etwas dafür! Darüber müssen wir reden: Was muss von dem, was wir ererbt haben, wieder erworben werden und was muss neu gedacht werden?

Für die Christlich Demokratische Union sind die Grundüberzeugungen klar. Diese Überzeugungen sind für mich unverrückbar. Unsere Union hat christlich-soziale, liberale und konservative Wurzeln. Maßstab – das hat Christoph Böhr eben dargestellt – ist und bleibt das christliche Menschenbild. Es setzt der Politik Ziele, es setzt ihr vor allen Dingen aber auch Grenzen. Der Mensch ist nicht das Maß aller Dinge. Der Mensch hat vielmehr den Auftrag, die Welt nach menschlichem Maß zu gestalten. Das christliche Menschenbild ist eine Absage an jedwede Ideologie. Es beinhaltet eine sehr reale Betrachtung der Welt, eine Betrachtung auch in Demut vor den Endlichkeiten des Menschen. Es beinhaltet vor allen Dingen, dass nach unserem Verständnis jeder Mensch von Gott gewollt ist, und zwar in all seiner Unterschiedlichkeit. Es ist mit Sicherheit nicht gottgewollt, Menschen durch politisches Handeln gleichzumachen. Vielmehr ist es Aufgabe politischen Handelns, Menschen sich entfalten zu lassen.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben uns viele Jahre intensiv mit der Frage nach dem Anfang des Lebens auseinander gesetzt. Das wird auch so bleiben. Nun ist in einer nicht gekannten Dimension auch die Frage nach dem Ende des Lebens hinzugetreten. Es geht dabei um die Tatsache, dass der Tod Teil des menschlichen Lebens ist und dass er nicht verdrängt werden darf. Hinzuge treten sind auch die Fragestellungen, die sich aus der Bioethik und den durch sie eröffneten völlig neuen Möglichkeiten ergeben. Diese Diskussion haben wir noch nicht bis zu Ende geführt. In dieser Diskussion werden zum Teil auch sehr unterschiedliche Positionen vertreten. Dies stellen wir fest, wenn wir Betroffene treffen oder diejenigen, die darüber richten. Selbst unter denen, die Krankheiten haben und auf Heilung hoffen, gibt es sehr unterschiedliche Positionen hinsichtlich dessen, wie man hier Grenzen zieht. Die CDU wird aber als Partei – auch das wird mühsam werden; ich finde, wir sollten dabei alle Stimmen zu Wort kommen lassen und nicht untereinander schon wieder mit Bezeichnungen arbeiten, bevor wir mit der Diskussion überhaupt begonnen haben – für ihre Mitglieder, für ihre Anhänger und für alle Bürgerinnen und Bürger sagen müssen, was wir wollen und wohin wir wollen. An manchen Stellen gibt es dann keine Grauzone, sondern es gibt nur Ja oder Nein. Dies wird dann abgestimmt werden müssen. Dazu müssen wir uns positionieren.

(Anhaltender Beifall)

Das heißt, mit einem hohlen Bekenntnis zum christlichen Menschenbild kämen wir nicht durch. Dieses Bekenntnis muss vielmehr ausgefüllt werden. Wenn es ausgefüllt wird, kommen wir zu unserem Verständnis von den Grundwerten.

Es ist ja interessant, dass es in Deutschland keine Debatte darüber gibt, dass Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit unsere Grundwerte sind. Das eint uns z. B. auch mit der anderen großen Volkspartei. Es ist aber klar, dass diese Grundwerte miteinander in einem Spannungsverhältnis stehen. Deshalb ist das Verständnis dieser Grundwerte zwischen den beiden großen Volksparteien mit Sicherheit nicht dasselbe. Ich sage zugleich aber, dass auch wir Bedarf an Diskussion über das Verständnis der Grundwerte haben.

Ich glaube, der umstrittenste Grundwert – so nehme ich jedenfalls manche Debatte wahr – ist im Augenblick der Wert der Freiheit. Die deutsche Einheit im Jahre 1989 war der Sieg der Freiheit über die Diktatur. Nun stellt man plötzlich fest, dass das Leben mit der Freiheit ein Verständnis von Freiheit beinhaltet. Freiheit ist nicht einfach das Gegenteil von Unfreiheit. Unfreiheit kann man relativ einfach beschreiben. Was aber verstehen wir unter Freiheit? Wenn wir an Freiheit gedacht haben, haben wir immer – so wurde es heute auch schon gesagt – an das Bild von verantworteter Freiheit gedacht. Das muss so bleiben. Dieses Bild beschreibt die Freiheit für etwas und nicht das, was viel einfacher ist, nämlich die Freiheit von etwas, also die Freiheit, etwas nicht zu tun. Über dieses Verständnis von Freiheit müssen wir intensiv diskutieren. Freiheit und Bindung sind nach unserem Verständnis zwei Seiten ein und derselben Medaille. Das ergibt sich im Übrigen aus dem christlichen Menschenbild. Ein im luftleeren Raum stehender Freiheitsbegriff ohne den Bezug auf das christliche Menschenbild kann zu völlig anderen Ergebnissen kommen. Das ist nicht unser Verständnis von Freiheit. Das müssen wir deutlich machen. Mir geht die öffentliche Debatte teilweise zu sehr in die Richtung, Freiheit sei einfach Beliebigkeit; jeder könne tun und lassen, was er wolle. Das ist niemals der Freiheitsbegriff der Christlich Demokratischen Union.

(Lebhafter Beifall)

Wenn man nach den Ordnungsprinzipien unseres Freiheitsverständnisses fragt, gelangt man immer wieder zu dem Begriff Subsidiarität, der bis heute leider keine allgemeine Verbreitung unter den 80 Millionen Deutschen gefunden hat. Das ist schade, weil das Prinzip der Subsidiarität sehr viel darüber aussagt, was wir im Rahmen des christlichen Menschenbildes dem Einzelnen zutrauen. Wir sagen, dass Freiheit etwas mit Verantwortung – Verantwortung für mich, Verantwortung für meinen Gegenüber – zu tun hat, aber wir sagen auch, dass das nicht reicht. Bestimmte Entscheidungen müssen immer wieder auf verschiedenen Ebenen getroffen werden. Es gibt dabei aber eine Regel: Wenn eine Entscheidung näher am Menschen, auf der unteren Ebene getroffen werden kann, darf sich die obere Ebene nicht einmischen. Das Gegenteil von Subsidiarität ist Zentralismus. Dass dies im konkreten Fall zu präzisen Fragestellungen führt, ist natürlich klar. Wenn ich mit DGB-Chef Sommer über betriebliche Bündnisse für Arbeit debattiere, sage ich: Subsidiarität führt mich dazu, dass solche Bündnisse möglich sein müssen. Herr Sommer erwidert dann: Wir sind jetzt genau an dem Punkt, an dem verantwortete Freiheit nicht mehr gelebt werden kann, weil nur die Ebene darüber die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirklich sichern kann. – Die Debatte wird weitergehen. Die Fragen werden wiederum nicht einfach beantwortet werden können. Wir werden vielmehr Farbe bekennen müssen. Je nachdem, wie das jeweilige

Freiheitsverständnis ist, ergeben sich Auswirkungen auf die Wechselbeziehungen zu den anderen Grundwerten, z. B. zum Grundwert der Gerechtigkeit.

Eine zweite Frage, die mir in diesem Zusammenhang sehr wichtig ist, führt uns dazu zu klären, wie wir über Wettbewerb denken. Ist Wettbewerb etwas Schlechtes? Wo muss dem Wettbewerb Einhalt geboten werden? Wo muss darauf hingewirkt werden, dass Wettbewerb überhaupt noch möglich ist? Es gibt ja beide Tendenzen, entweder die Wahrnehmung eines unmenschlichen, harten Wettbewerbs oder umgekehrt Monopolisierungen, gegen die ebenfalls eingeschritten werden muss.

Wettbewerb gilt nicht nur im wirtschaftlichen Bereich. Der Gedanke des Wettbewerbs verbunden mit dem christlichen Menschenbild ist ein grundsätzlich sehr interessanter Gedanke. Die Marktwirtschaft – über den sozialen Ausgleich habe ich noch gar nicht gesprochen – ist eine großartige Errungenschaft, weil aufgrund der unantastbaren Würde jedes einzelnen Menschen jeder Mensch das gleiche Recht hat, mit einem anderen Menschen in Wettbewerb zu treten. So hat er z. B. das Recht, Produkte zu produzieren, sie auf dem Markt anzubieten und zu den gleichen Bedingungen zu verkaufen. Wenn wir einmal an die antiken Gesellschaften denken, stellen wir fest, dass es keinesfalls klar war, dass alle Menschen den gleichen Zugang zum Markt hatten. Dieser Zugang ist also ein Gut an sich.

Wettbewerb ist aber nicht nur wirtschaftlich zu sehen. Ich glaube, wir haben in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren einen sehr interessanten Prozess durchlaufen. Wir haben uns z. B. im Bildungsbereich für mehr Wettbewerb entschieden. Das war eine spannende Diskussion, die ohne die Christlich Demokratische Union zu völlig anderen Ergebnissen geführt hätte. Die Bundesregierung hätte zehn Eliteuniversitäten ausgesucht und hinterher nur noch eine Art Pro-forma-Begutachtung vorgenommen. Jetzt hat der Wettstreit der Ministerpräsidenten – er wurde von den Wissenschaftsorganisationen nicht immer mit Beifall bedacht – zu einem Verfahren für Wettbewerb nach Leistung geführt. Bei diesem Verfahren kommt nun plötzlich heraus, dass alle, die eigentlich glaubten, sie seien im Prinzip gleich, doch nicht gleich sind. Jetzt gibt es ein großes Erschrecken. Es wird gesagt, das sei eine Bevorzugung des Südens. Es ist jedoch keine Bevorzugung des Südens, sondern erst einmal nur eine Bewahrheitung der Vermutung, dass diejenigen, die sich nach dem humboldtschen Universitätsprinzip alle gleich fühlten, nicht alle gleich sind.

Jetzt kommen wir an den Punkt, wo wir überlegen müssen, ob wir es zulassen können, dass die Spanne zwischen Süden und Norden sowie Osten und Westen immer größer wird. Dieses Problem wird aber natürlich nicht dadurch aufgelöst, indem es zugedeckt wird und die Dinge gar nicht benannt werden. Das Problem kann vielmehr nur gelöst werden, wenn es genau angeschaut wird.

Genauso werden wir über den Wettbewerbsföderalismus weiter streiten. Das haben wir bei der Föderalismusreform gerade erlebt. Vielleicht wird der Streit sich sogar noch verschärfen. Was kann ein Land allein? Welche Freiheiten brauchen die Länder? Wo muss die Bundesebene eingreifen? Das Schlimmste ist – so viel haben wir allerdings gelernt –, wenn man diese Fragen gar nicht beantwortet. Wenn man alles im Dunkeln lässt, glauben die Menschen zum Schluss an gar nichts mehr. Deshalb ist das klare Bekenntnis zu Kompetenzen auch ein Teil des Wettbewerbs.

Meine Damen und Herren, wenn wir über Freiheit sprechen, denken wir an die Freiheit für etwas, z. B. für mehr Arbeit. Es ist hier heute schon gesagt worden – ich will es nicht im Einzelnen wiederholen: Wir können und dürfen uns, falls wir für eine Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft eintreten, mit 5 Millionen Arbeitslosen nicht abfinden. Wir können uns auch nicht damit abfinden, dass jeder Zweite im Alter von über 55 Jahren keinen Arbeitsplatz mehr hat, und gleichzeitig mit freudigen Augen erklären, dass die Lebenserwartung immer höher wird und die Älteren immer fitter sind. Es gab wahrscheinlich noch nie eine Gesellschaft in Deutschland, die die Erfahrung – und Erfahrung ist ein Wert – von Älteren so an den Rand der Gesellschaft stellt und so wenig abrufft, wie es derzeit der Fall ist. Das kann für eine langfristige nachhaltige Entwicklung nicht gut gehen. Deshalb müssen wir bei diesem Punkt umdenken.

(Lebhafter Beifall)

Wenn wir über neue Gerechtigkeit sprechen, hat das auch etwas damit zu tun, dass die Lobby verschiedener Gruppen in unserer Gesellschaft unterschiedlich stark ist. Die Lobby der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist immer noch eine stärkere als die Lobby derer, die arbeitslos sind. Es kann nicht sein, dass die einen relativ gut vertreten werden und die anderen sozusagen in die vergleichsweise anonyme Verantwortung des Staates gepackt werden und gesagt wird, das diese uns nicht interessieren. Jeder Mensch hat seine eine unveräußerliche Würde. Das gilt für Arbeitslose und Erwerbstätige gleichermaßen. Weil das so ist, können und dürfen wir uns mit dem gegenwärtigen Zustand nicht abfinden.

(Beifall)

Freiheit für Arbeit ist nach unserem Verständnis der sozialen Marktwirtschaft untrennbar mit der Freiheit, etwas unternehmen zu können, verbunden. Unternehmer sind Menschen, die sich in das Risiko begeben, ein Produkt zu ersinnen, für das sie Kunden finden müssen. Das ist natürlich ein großes Risiko. Ich selber war nie Unternehmerin. Manchmal überlege ich mir, wo ich eigentlich anfangen würde, wenn ich Unternehmerin werden wollte oder müsste. Dann wird mir bewusst, mit welchem Risiko Unternehmer leben und welche ständige Veränderungsnotwendigkeit es gibt. In Zeiten, in denen die Innovationszyklen immer kürzer werden, wird von den Unternehmern natürlich erwartet, dass sie beizeiten Entscheidungen fällen. Es wird im Übrigen auch Konfliktfähigkeit erwartet. Vielleicht ist es eines der Probleme Deutschlands, dass manche durchgreifende Entscheidung wegen eines vermeintlich vorher schnell gefundenen Konsenses am Ende schließlich zu spät getroffen wurde und es so zu viel, viel schlimmeren Auswirkungen gekommen ist, als sie sich ergeben hätten, wenn die Entscheidung zu einem früheren Zeitpunkt getroffen worden wäre. Denn Konsens ist auch kein Wert an sich, wenn es um die Zukunft von Arbeit geht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, zur verantworteten Freiheit gehört natürlich auch die Freiheit zu Familie und zu Kindern. Die CDU ist immer Anwalt der Wahlfreiheit gewesen. Mit Blick auf eine nicht überwältigende Geldsumme von vermuteten 460 Millionen Euro an geringeren Steuereinnahmen des Bundesfinanzministers – gemessen an dem, was alles schon an falschen Prognosen abgegeben wurde, ist das eine wirklich überschaubare Größe – sind wir wieder in eine Grundsatzdebatte über die Wahlfreiheit geraten. Diese Grundsatzdebatte wird, so schwant mir, fortgesetzt werden. Es ist auch gut, dass sie

fortgesetzt wird, weil es dazu innerhalb der Gesellschaft sehr unterschiedliche Betrachtungen gibt. Einigermaßen einheitlich urteilen alle darüber, dass unsere Gesellschaft nicht ausreichend kinderfreundlich ist. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn wir in die Geschichte der Menschheit als eine Gesellschaft eingehen wollen, die menschlich ist, dann muss sich zur Freundlichkeit Kindern gegenüber etwas ändern.

(Beifall)

Es reicht nicht aus, dass man mit Produkten erfolgreich war; es muss etwas für Kinder passieren.

(Beifall)

Aber dann stoßen die Dinge schon aufeinander. Es entbrennt der Streit, wo die Grenze zwischen Toleranz und Wahlfreiheit ist und welche konkreten politischen Maßnahmen wir brauchen. Heute habe ich in diesem Zusammenhang nur eine Bitte: Vermuten Sie beim Gegenüber nicht immer das Schlimmste.

(Heiterkeit und Beifall)

Manchmal habe ich den Eindruck: Diese Debatte wird mit großen Emotionen geführt, weil die allermeisten ja auch etwas von ihr verstehen, und dann zieht sich manch einer still aus ihr zurück und sagt: Ich lebe jetzt einfach einmal mein Leben und kümmere mich ordentlich um meine Kinder. Das darf auch nicht das Ende sein! Denn jeder hat gute Gründe einzubringen, warum er die Dinge so oder so sieht. Deshalb mache ich dazu heute keine weiteren konkreten Bemerkungen. Spätestens beim Elterngeld wird uns die Sache wieder einholen.

Meine Damen und Herren, Freiheit gibt es mit Sicherheit nicht – und damit komme ich zum nächsten Begriff –, wenn nicht jedem Teilhabechancen eingeräumt werden. Wer keine Teilhabechancen hat, kann seine Freiheit überhaupt nicht leben. Deshalb ist die Gerechtigkeit ein weiterer Grundwert. Was ist gerecht? Über Gerechtigkeit sagen viele: Es ist heute halt so, dass in Deutschland die soziale Herkunft der Eltern, jedenfalls im statistischen Mittel, den Bildungserfolg der Kinder bestimmt. Ich glaube nicht, dass das gerecht ist, jedenfalls nicht, wenn wir über gleiche Ausgangschancen und Teilhabechancen reden.

Die Frage ist: Was müssen wir bewahren, und was müssen wir verändern? Nehmen wir die Ergebnisse der Industriegesellschaft, die Sozialversicherung, die Mitbestimmung, die Betriebsverfassung, die Tarifautonomie. Natürlich verändern sich die Dinge in einer Welt, in der wir von einer Industriegesellschaft zu einer Wissensgesellschaft, zu einer Dienstleistungsgesellschaft übergehen. 50 Jahre Erfolge der Arbeitnehmerschaft haben dazu geführt, dass der einzelne Arbeitnehmer so gebildet ist, wie er am Anfang der Bundesrepublik Deutschland natürlich nicht sein konnte. Auf der anderen Seite fühlt er sich aber durch den internationalen Wettbewerb so ohnmächtig, wie er sich vorher vielleicht auch nie gefühlt hat. Das sind zwei Dinge, die wieder in eine Balance gebracht werden müssen.

Das Empfinden, dass die Soziale Marktwirtschaft gerecht ist, war für die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung ein großes Pfund. Wir müssen uns jedoch damit auseinandersetzen, dass es heute nur noch eine Minderheit gibt, die das so sieht.

Das Misstrauen in die Soziale Marktwirtschaft ist in Ostdeutschland noch stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Nur noch eine Minderheit empfindet die Soziale Marktwirtschaft als gerecht. Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft wird aus meiner Sicht auf Dauer nicht überleben, wenn nicht wieder ein breites Empfinden von Gerechtigkeit hergestellt wird.

Die Soziale Marktwirtschaft war seinerzeit als gerecht empfunden worden, weil man den Eindruck hatte, Kapital und Arbeit mit ihrem immanenten Widerspruch seien in eine vernünftige Balance gebracht worden. Diese Balance ist durch die internationalen Herausforderungen aus dem Lot geraten. Es gibt heute Gewinne und Renditen, für die viele kein Verständnis haben, weil sie gleichzeitig ihren Arbeitsplatz verlieren. Früher ging es, wenn es einem Betrieb gut ging, auch dem Arbeitnehmer gut. Das ist heute leider so nicht mehr wahr. Deshalb werden wir darüber reden müssen, was gerecht ist, welche Situationen im Leben einer Gesellschaft vertretbar sind und wer wofür eintreten muss? Wir haben scharfe Debatten über unsere sozialen Sicherungssysteme geführt, und ich sage an dieser Stelle ganz ruhig: Ich kann mir nicht vorstellen, dass Solidarität und Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft aufrechterhalten werden können, wenn wir nur im Rahmen von Beitragsbemessungsgrenzen und Versicherungspflichtgrenzen argumentieren. Es wird in unserer Gesellschaft Bereiche geben, in denen Gerechtigkeit und Solidarität nur gelebt werden können, wenn jeder mit seinem ganzen Einkommen dafür einsteht, sprich: über das Steuersystem.

(Beifall)

Wir werden dann darüber nachdenken müssen, dass es für uns auf der einen Seite ganz selbstverständlich ist, wenn die Schulbildung aus dem Steuersäckel bezahlt wird, die Infrastruktur und ihr Ausbau ebenso. Wie aber ist es mit der Gesundheit? Sie ist doch vielleicht das Gut, für das der Einzelne ganz allein am allerwenigsten eintreten kann, abgesehen von denen, die wirklich viel verdienen. Warum also ausgerechnet die Gesundheit nicht über dieses solidarische Prinzip finanziert werden kann, das wird – das prognostiziere ich einfach – in 20 Jahren kein Thema mehr sein, und dann bin ich zufrieden. Aber bis dahin haben wir noch einen weiten Weg, das weiß ich.

Meine Damen und Herren, wir brauchen Chancengerechtigkeit, wir brauchen Leistungsgerechtigkeit, und wir brauchen Generationengerechtigkeit. Über Generationengerechtigkeit zu reden, das wird vielleicht einer der schwierigsten Punkte sein, denn die Mehrheitsverhältnisse – allein wenn ich mir das Alter der Mitgliedschaft der Christlich Demokratischen Union anschau – gestalten sich relativ eindeutig zugunsten der Älteren. Das muss nicht schlecht sein. Wenn wir aber Volkspartei und generationengerecht sein wollen, müssen wir entweder mehr junge Leute überzeugen, bei uns Mitglied zu werden, oder wir müssen lernen, für die Jüngeren mitzudenken. Das gelingt bei denen, die Kinder und Enkel haben, immer noch recht gut. Der demografische Wandel in unserer Gesellschaft bringt uns aber in den nächsten 10 bis 20 Jahren in eine Lage, wo immer weniger da sein werden, die das wirklich in der eigenen Familie erleben.

Daraus wird eine große Aufgabe für uns alle erwachsen. Denn Generationengerechtigkeit betrifft nicht nur die – auch wirklich wichtigen – Themen der Rentenhöhe und der Staatsverschuldung, sondern auch die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft. Wir müssen sehen, dass Gesellschaften, die ein Übergewicht des höheren Alters haben – ich sage das ganz neutral -, Gesellschaften mit viel Erfahrung sind, aber eher weniger Innovationskraft. Auch das muss in eine Balance gebracht werden. So wie wir heute die

Erfahrung der Älteren nicht ausreichend achten, achten wir meiner Meinung nach auch nicht ausreichend darauf, dass die Innovationskraft der Jungen wirklich zum Durchbruch kommt.

(Beifall)

Das wird ein Problem nicht nur Deutschlands, sondern Europas, daran wird sich der Erfolg unserer Gesellschaften entscheiden.

Nun, meine Damen und Herren, zur Solidarität. Freiheit und Solidarität, das sind für uns nicht unüberwindbare Gegensätze, weil wir aus verantworteter Freiheit denken, weil wir aus der Freiheit zu etwas denken. Der Philosoph Blaise Pascal hat auf eine meines Erachtens wunderbare und doch fast paradoxe Weise formuliert, dass der Mensch den Menschen unendlich übersteigt. Das heißt, dass wir die Fähigkeit besitzen, aus der Ichbezogenheit in die Gemeinschaft hinein zu denken. Es ist hier über die Leitkultur gesprochen worden. Wir wissen, dass das Gemeinsame, das Gesamte, dass Europa und unsere eigene Nation immer auch ein Denken über den Einzelnen hinaus erfordern. Wir müssen ein Land bleiben, in dem Solidarität ohne die Frage nach dem materiellen Vorteil gelebt wird. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in eine völlige Materialisierung geraten; denn damit hätten wir keine Fähigkeit zur Solidarität mehr.

Die Fähigkeit zur Solidarität ist vielleicht eine der wichtigsten patriotischen Fähigkeiten. Wir wollen ja über Patriotismus diskutieren. Wir tun es auf ganz unterschiedliche Art. Die Leitkulturdebatte ist ein Beitrag dazu. Der unbedingte Wille, dass Solidarität nicht irgendein nachgeordneter Grundwert ist, sondern einer, der mit Freiheit und Gerechtigkeit auf einer Ebene steht, ist die Voraussetzung für den Zusammenhalt zum Beispiel einer Nation. Das ist meine feste Überzeugung. Wenn das nicht mehr da ist, wenn Nord gegen Süd steht, Ost gegen West, wenn die eine Kommune gegen die andere steht und das zum ausschließlichen oder auch nur dominierenden Prinzip wird, dann gibt es keinen nationalen Zusammenhalt. Deswegen, meine Damen und Herren, gewinnt die Solidarität an Bedeutung.

(Beifall)

Es wird unsere Aufgabe sein, für Deutschland herauszuarbeiten, was für ein Land wir uns vorstellen: ein Land, das kreativ ist, ein Land, das seine Verantwortung in der Welt übernimmt, ein Land, das seinen Beitrag zur Stabilität in der Welt leistet, zum einen – das sage ich ganz klar – aus eigenem Interesse, denn den Konflikten dieser Erde werden wir nicht entgehen können. Der Karikaturenstreit hat uns viel gelehrt, etwa dass es heute eben nicht mehr den eigenen Raum gibt, in dem wir abgeschottet von anderen unsere eigenen kulturellen Vorlieben pflegen können. Wir sind nicht allein auf dieser Welt, und diesen Zustand können wir in absehbaren Zeiträumen auch nicht mehr erreichen.

Also müssen wir schauen, wie wir unser Land im 21. Jahrhundert weiterentwickeln, und wir müssen dabei das herauskristallisieren, was wir auf keinen Fall aufgeben wollen. Denn auch das ist ein Defizit, das ich manchmal im Dialog der Kulturen sehe: Wenn wir mit anderen sprechen, tun wir das nicht mit ausreichendem Selbstbewusstsein, weil wir nicht abschließend sagen, wofür wir denn wirklich eintreten würden.

(Beifall)

Es gibt Dinge, die unstrittig sind. Unstrittig ist z. B., dass die Integration zu befördern ist und wir eine gemeinsame Sprache haben. Wenn es aber darum geht, wie wir es mit dem Wert der Freiheit halten, wie viel wir für die Solidarität tun, wie wichtig uns unsere Auffassung von Gerechtigkeit ist, dann wird es schon schwieriger. Ich sage im Übrigen, dass es uns gut tun würde – auch das sollten wir im Rahmen der Debatte über das Grundsatzprogramm bedenken –, wenn wir mit Menschen aus anderen Regionen dieser Erde über unsere Grundwerte sprechen. Schon eine Debatte mit den Vertretern der orthodoxen Kirche Russlands ist sehr aufschlussreich. Wir, die wir meinen, dass unsere Grundwerte unverrückbar seien, sollten uns durchaus einmal von anderen den Spiegel vorhalten lassen. Denn es ist nicht so, dass alle außerhalb Deutschlands finden, dass es bei uns besonders gerecht und solidarisch zugeht. Unsere Freiheit ist für Menschen aus anderen Ländern, wie sie uns wahrnehmen – ich sage nicht, dass das richtig ist; ich stelle nur dar, wie die Wahrnehmung ist –, nicht die Freiheit aus Verantwortung und die Freiheit zu etwas, sondern eine sehr individualistisch ausgebildete Freiheit. Das heißt, es wird der Christlich Demokratischen Union nicht schaden, wenn sie sich in Zeiten der Globalisierung auch einmal die Meinung anderer über unser Leben anhört.

(Beifall)

Da ich zutiefst davon überzeugt bin, dass unsere Wurzeln im christlichen Menschenbild fundiert und richtig sind, bin ich ebenso überzeugt, dass wir in jeder dieser Diskussionen bestehen können und im Übrigen aus jeder dieser Diskussionen etwas lernen, etwas gewinnen können. Weil das so ist, freue ich mich auf die Zeit der Debatte über das Grundsatzprogramm.

Meine Bitte ist: Lasst uns, da wir Mitglieder einer Partei sind, so weit gut übereinander denken, dass wir den anderen nun wirklich nicht als völligen Unsinn redenden Kumpanen definieren, sondern lasst uns überlegen, ob in seinen Argumenten nicht zumindest ein Fünkchen Wahrheit enthalten sein könnte. Es wäre schön, wenn das der Geist wäre, in dem die Grundsatzprogrammdebatte stattfindet. Denn stattfinden muss sie. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)